

16 Seiten

1

# Verein zur Erhaltung des Kuhlenberg Freudenberg e.V.

- Verein zum Schutze der Natur - Mitglied der LNU -

Irmelind Schmiedl, Am Herlinger Wald 16, 5905 Freudenberg  
Telefon privat: 02734 - 7857 / tagsüber: 02734 - 3086

Freudenberg, 13. Januar 1993

An die Damen und Herren  
im Verkehrsausschuß des Landtags Nordrhein-

Betr.: Ortsumgehung Freudenberg (L 512 n)

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
11. WAHLPERIODE

**ZUSCHRIFT**  
**11/2255**

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

am 13.12.1991 hatten wir Gelegenheit, Herrn Minister Kniola, seinem Staatssekretär und Mitarbeitern seines Ministeriums im Beisein der Herren Mernizka und Moritz, beide MdL, unsere Bedenken gegen den Bau der Ortsumgehung Freudenberg (L 512 n) aus Gründen des Naturschutzes ausführlich vorzutragen; in unserem Schreiben an den Minister vom 13.01.1992 hielten wir die Hauptpunkte dieses Gespräches fest (s.Anlage).

Nun scheint laut einer Pressemeldung vom 12.01.1993 eine Vor-entscheidung gefallen zu sein. Wir sehen uns daher veranlaßt, Ihnen vor der Sitzung Ihres Ausschusses am 21.01.1993 in dieser Angelegenheit zu schreiben.

Wir stellen zunächst fest:

In den Entwurf des neuen Landesstraßenbedarfs- und -ausbauplans vom Juli 1992 wurde die L 512 n nicht aufgenommen. Wir nahmen an, daß entweder der Planungsstand oder mangelnde Finanzen, dazu aber auch die inzwischen besser erkannten und stärker gewichteten Gründe aus der Sicht des Naturschutzes dies nicht zuließen.

In den folgenden Wochen und Monaten berichtete die Presse jedoch über erhebliche Aktivitäten auf verschiedenen politischen Ebenen mit dem Ziel, zusätzliche Mittel für den Straßenbau bereitzustellen, und insbesondere auch die Ortsumgehung Freudenberg wieder in den Landesstraßenausbauplan mit hoher Dringlichkeit aufzunehmen. Befürwortet wird dabei ausdrücklich die Variante 4.1, die sogenannte "ortsferne Berglinie", die - selbst nach Meinung der beauftragten Gutachter - den Ortskern am wenigsten entlasten würde. Zur Begründung angeführt wird von der Stadtverwaltung Freudenberg und Politikern auch immer wieder, daß sich 2 von 3 Naturschutzverbänden für diese Variante ausgesprochen hätten.

Wir stellen hiermit klar:

Es ist uns genau bekannt, wie diese Stellungnahmen zustande gekommen sind.

Die Stellungnahme des Bundes für Naturschutz und Vogelkunde (für den Deutschen Naturschutzbund) war eine reine Gefälligkeits-erklärung eines Mitglieds der FDP.

Die von viel zu wenig Sachkenntnis zeugende (erste) Stellungnahme des Bundes Umwelt- und Naturschutz Deutschland wurde längst vom Landesvorstand des BUND korrigiert; wir fügen sie in der Anlage bei.

Der Verein zur Erhaltung des Kühlenberg Freudenberg e.V. hat als Mitglied der Landesgemeinschaft Natur- und Umweltschutz (LNU) in enger Absprache mit deren damaligen Vorsitzenden, Prof. Dr. Lothar Finke, die Varianten 4.1 und 3.2 stets als "umweltunverträglich" abgelehnt.

Die gleiche Meinung vertraten die LÖLF und der Landschaftsbeirat des Kreises Siegen-Wittgenstein.

F a z i t : Will man Natur und Umweltschutz ernstlich Rechnung tragen (was längst jedermanns unbedingte Pflicht sein müßte), dann dürfen Planungen mit solchen landschaftszerstörenden Folgen nicht mehr verwirklicht werden.

Schon beinahe fassungslos nahmen wir daher zur Kenntnis, was teils zwar noch unausgesprochen, teils aber auch ganz offen ausdrücklich von hiesigen Politikern gefordert wird:

Die Vorstellung und die Absicht, schließlich doch - und sei es in einer späteren Fortsetzung der erst einmal zu bauenden Variante 4.1 - die seit nunmehr über 15 Jahren angestrebte "alte", vom früheren Verkehrsminister Zöpel vor Ort verworfene Kuhlenbergtrasse zu realisieren.

Ein tonangebendes Ratsmitglied der FDP scheut sich nicht, diese Planung als "billig, darum bei leeren Kassen vernünftig und dazu umweltfreundlich (!)" zu propagieren - bei "realistisch hochgerechneten Kosten von 35 Millionen DM".

Der Durchsetzung solcher Überlegungen dienten offenbar verschiedentliche Kontaktaufnahmen mit rheinland-pfälzischen Politikern, die stets - ohne Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten und völlig gleichgültig gegenüber den ökologischen Folgen - nur einen direkten Autobahnanschluß an die BAB 45 gefordert haben.

In unserem oben erwähnten Gespräch mit Herrn Minister Kniola hatten wir schon außer den wahrlich schwerwiegenden Argumenten des Naturschutzes auch die in der Gesamtabwägung unangemessen hohen Kosten erwähnt. Heute - nach nur einem Jahr - müssen wir feststellen: Die Probleme des Arbeitsmarktes, im Gesundheits- und Sozialwesen haben sich drastisch verschärft. Wie man unter diesen Umständen an eine weitere Aufstockung von Finanzmitteln zum Zwecke landschaftsvernichtenden, naturzerstörenden Straßenbaues auch nur denken kann, ist uns einfach nicht mehr verständlich und zeugt unseres Erachtens von unvorstellbarer politischer Verantwortungslosigkeit.

Wir fordern Sie und alle politisch Verantwortlichen daher auf:

1. Berücksichtigen Sie bei der endgültigen Aufstellung des Landesstraßenbedarfs- und -ausbauplans in vollem Umfang die sachlichen Argumente des Naturschutzes.
2. Setzen Sie die noch verfügbaren finanziellen Mittel unseres Landes so ein, daß drängende soziale Not soweit möglich behoben und der soziale Friede erhalten werden kann. Die übermäßige Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen reicht den Bürgern längst.
3. Führen Sie in der Verkehrspolitik die immer wieder angekündigte "Wende" herbei und leisten Sie dem schon seit langem ausufernden Individualverkehr nicht weiteren Vorschub.

Unter diesem Gesamtspekt erwarten wir, daß bei der endgültigen Beratung des Verkehrsausschusses am 21.01.1993 die Ortsumgehung Freudenberg (L 512 n) nicht in den Landesstraßenausbauplan aufgenommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

*Irmelind Schmiedl*

Irmelind Schmiedl  
- Geschäftsführerin -

Anlagen:

1. Protokoll über das Gespräch mit Herrn Minister Kniola vom 13.01.1992;
2. Stellungnahme des BUND vom 27.09. 1992;
3. Ausschnitt aus der Westfälischen Rundschau vom 12.01.1993:  
"Schulden steigen bis 1996 auf 2000 Milliarden DM"

**Verteiler:**

Herrn Dr. h.c. Johannes Rau,  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Haroldstr. 2, 4000 Düsseldorf 1

Herrn Franz-Josef Kniola,  
Minister für Stadtentwicklung und Verkehr,  
Breite Str. 31, 4000 Düsseldorf 1

Herrn Klaus Matthiesen,  
Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft  
Schwannstr. 3, 4000 Düsseldorf 30

An die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von  
SPD: Herrn Prof. Dr. Friedhelm Farthmann,  
CDU: Herrn Dr. Helmut Linssen,  
FDP: Herrn Dr. Achim Rohde,  
GRÜNE: Frau Dr. Bärbel Höhn,  
Platz des Landtags, 4000 Düsseldorf 1

Herrn Loke Mernizka, MdL/SPD, Bergstr. 17, 5900 Siegen

Der Regierungspräsident Arnsberg,  
Frau Dr. Ing. Raghilt Berve,  
Seibertzstr. 1, 5760 Arnsberg 2

Herrn Rudolf Scharping,  
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz,  
Staatskanzlei, 6500 Mainz 1

Landesbüro der Naturschutzverbände, Aegidiusstr. 94, 4300 Essen 1

Verein zur Erhaltung des Kuhlenberg Freudenberg e.V.  
- Verein zum Schutz der Natur - Mitglied der LNU -  
Irmelind Schmiedl, Am Herlinger Wald 16, 5905 Freudenberg  
Telefon privat: 02734 - 7857 / tagsüber: 02734 - 3086

Freudenberg, 13.01.1992

Herrn  
Franz-Josef K n i o l a  
Minister für Stadtentwicklung  
und Verkehr des Landes  
Nordrhein-Westfalen  
Breite Straße 31

4000 D ü s s e l d o r f 1

Betr.: L 512 n - Ortsumgebung Freudenberg  
Ihr Zeichen: III B 3 - 52-01/512.1 - 6810/90

Sehr geehrter Herr Minister Kniola,

Sie räumten uns am 13. Dezember 1991 einen Gesprächstermin ein,  
wofür wir Ihnen noch einmal danken möchten.

An der Besprechung nahmen aus Ihrem Hause die Herren Nehrling,  
Ketteniß und Theilmeier teil sowie MdL Moritz und später MdL  
Mernizka. Der Verein zur Erhaltung des Kuhlenberg Freudenberg e.V.  
wurde vertreten durch Frau Schmiedl (Geschäftsführerin) sowie  
Herrn Bubenzer und Herrn Schott.

Leider konnten Sie nicht während der gesamten Aussprache zugegen  
sein, so daß wir Verlauf und Ergebnis des Gespräches aus unserer  
Sicht zusammenfassend schildern möchten:

1.

Unser Anliegen war es zunächst, uns über den aktuellen Stand  
des Verfahrens zu informieren. Nachdem uns dazu mitgeteilt  
wurde, daß am 13.11.1991 ein Behördentermin zur Linien-  
bestimmung stattgefunden habe, trugen wir die Bedenken aus der

Sicht des Naturschutzes vor, die wir hiermit noch einmal wiederholen:

Die ortsfernen Linien - 3.2 / 4.1 - stellen keine grundsätzliche Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung dar. Sie sind in jedem Falle schwere, unausgleichbare Eingriffe in Landschaft und Naturhaushalt und letztlich umweltunverträglich. Auch die Verwirklichung der Variante 2.2 wäre lediglich eine Verlagerung des Verkehrs in andere Wohnbereiche mit erheblichen Mehrbelastungen an den Tunnelöffnungen und den nicht untertunnelten Streckenabschnitten.

Das ökologische Risiko einer wie auch immer gearteten Ortsumgehung liegt in der Zerstörung bzw. Zerschneidung eines wertvollen zusammenhängenden Waldgebietes.

2.

Unabhängig von dem naturschützerischen Aspekt halten wir es für unvertretbar, Steuermittel in der geschätzten Größenordnung zwischen DM 38 und 58 Millionen (je nach Variante) für einen unwesentlichen Entlastungseffekt einer kurzen Ortsdurchfahrt und für die Verlagerung dieser Belastung in andere Ortsbereiche einzusetzen. Gerade diese Gründe veranlaßten zu Beginn des Jahres 1991 den Landschaftsverband Westfalen Lippe, das Projekt Ortsumgehung Freudenberg nebst anderen kostenträchtigen Planungen für den Landesstraßenbedarfsplan nicht mehr anzumelden. Weiter wiesen wir darauf hin, daß für die Verbindung zwischen der Anschlußstelle Freudenberg an der BAB 45 und Freudenberg-Zentrum bis Ende 1991 bereits DM 21 Millionen verbaut wurden (Bahnhofstraße/Olper Straße/Peimbachstraße).

3.

Von uns angesprochen wurde auch die überregionale Netzverknüpfung, die u.E. dazu führt, daß bei einer Ortsumgehung Freudenberg in Form der Varianten 3.2 und 4.1 ein zusätzlicher Druck auf den Weiterbau der A 4 besteht. Dabei wurde unsererseits im einzelnen klargestellt, daß der "Druck" nicht vordergründig verkehrstechnisch zu verstehen sei, wohl aber gravie-

rende Auswirkungen auf politische Überlegungen hätte. Hier zeichnet sich ein stets fortwirkender Zwang erwünschter "Netzverknüpfungen" ab. Diese Überlegungen stießen jedoch auf heftigen Widerspruch der Herren Ketteniß und Theilmeier sowie MdL Moritz.

Wir sehen uns allerdings wiederum bestätigt durch einen Artikel in der Bergischen Morgenpost vom 21.11.1991: "Plädoyer für Straßenbau", den wir in Kopie beilegen. Hier fordert die IHK Oberberg eine "Nord-Süd-Spange" in Form von aneinandergereihten Ortsumgehungen (statt der noch im gültigen Bundesfernstraßenbedarfsplan vorhandenen B 256 n) als Zubringer zur weiterzubauenden A 4. (Gesamtlänge dieser Nord-Süd-Spange ca. 30 km, wogegen die Länge der Verbindung zwischen Freudenberg und dem Kreuz A 45/A 4 lediglich 13 km + 3 km Ortsdurchfahrt = 16 km beträgt.)

#### 4.

Außerdem hatten wir zu Beginn unseres Gespräches auf die schwierige Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen und seine hohe Verschuldung hingewiesen, die u.E. einen Mittelausatz in dieser Höhe für Straßenbau nicht mehr erlaubt. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Neujahrsansprache des Herrn Ministerpräsidenten Johannes Rau, in der er die Schwerpunkte für die Landespolitik 1992 für den sozialen Bereich festlegt, der im übrigen auch Hauptaufgabe der Landschaftsverbände ist. (Artikel in der Siegener Zeitung vom 31.12.1991)

Da erwiesenermaßen jede neue Straße Individualverkehr geradezu anzieht, wird auch eine Ortsumgehung Freudenberg, gleich welcher Art, den Verkehr eher vermehren als vermindern und steht damit eindeutig erklärten Zielen der Landesregierung entgegen.

Sind die Verhältnisse in der Ortsdurchfahrt Freudenberg - vorwiegend in den Stoßzeiten - sicher nicht befriedigend, so läßt sich die Gesamtsituation durch bauliche Maßnahmen doch keineswegs verbessern.

Inzwischen liegt auch die Stellungnahme des Landschaftsbeirates bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein vor (beiliegend in Kopie sowie Artikel in der Westfälischen Rundschau und der Westfalenpost vom 11.01.1992).

Wir bitten, die anstehenden Entscheidungen in diesem Licht zu sehen und zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Irmelind Schmiedl  
- Geschäftsführerin -

**Anlagen:**

Kopie der Stellungnahme  
des Landschaftsbeirates bei der unteren Landschaftsbehörde  
des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 28.12.1991;

Zeitungsartikel Westf. Rundschau/Westfalenpost vom 11.1.1992:  
"Landschaftsbeirat lehnt Kuhlenberg-Umgehungen ab";

Zeitungsartikel in der Westf. Rundschau vom 1.5.1986:  
"DER KOMMENTAR: Das böse Erwachen ..."

Artikel in der Bergischen Morgenpost vom 21.12.1991:  
"IHK Oberberg will die 'Nord-Süd-Spange',  
Plädoyer für Straßenbau";

Artikel in der Siegener Zeitung vom 31.12.1991:  
"Rau legt Schwerpunkte der Landespolitik für 1992 fest";

Artikel in der Westf. Rundschau/Westfalenpost vom 11.1.1992:  
Thema: "40.000 Menschen haben in NRW kein Dach über dem Kopf";

**Verteiler:**

**Herrn Dr. h.c. Johannes Rau,**  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

**Herrn Klaus Matthiesen,**  
Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

**Frau Dr. Ing. Raghilt Berve,**  
Regierungspräsidentin

**Herrn Hans-Dieter Moritz, MdL**

**Herrn Loke Mernizka, MdL**

**Frau Annette Brandenfels,**  
Vorsitzende des BUND,  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

**Herrn Prof. Lothar Finke,**  
Vorsitzender der LNU,  
Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e.V.

**Herrn Heinz Kowalski,**  
1. Vorsitzender des Naturschutzbund Deutschland,  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

**An das Landesbüro**  
**der Naturschutzverbände Nordrhein-Westfalen**

**An die Landesgeschäftsstelle der LNU NRW**

Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde  
des Kreises Siegen-Wittgenstein

Kreis Siegen-Wittgenstein · Postfach 10 02 60 · 5900 Siegen

Vorsitzender: Jürgen Sartor

An  
den Oberkreisdirektor  
- Untere Landschaftsbehörde -  
5900 Siegen

Datum 28.12. 1991

Betr.: Stellungnahme des Landschaftsbeirates zum Neubau der Orts-  
umgehung Freudenberg der L 512n  
hier: Raumordnerisches Verfahren gem. § 37 StrWG NW

Nach Einsicht in die Umweltverträglichkeitsstudie und Erkundungen  
vor Ort wird zu o. g. Planung folgende Stellungnahme abgegeben.

Die Variante 3.3 wird abgelehnt.

- Der massive Eingriff in den Naturhaushalt wird durch den Vorteil, den die OU zur Entlastung der Bahnhofs- und Olperstraße bringen würde, nicht gerechtfertigt. Zahlreiche wertvolle Biotope werden zerstört bzw nachhaltig geschädigt oder verinselt (s. UVS).
- Durch den Bau der Straße entlang dieser Trasse würde der Gesamtkomplex des Kuhlenberges zerschnitten und durch erhebliche Veränderungen der Oberflächengestalt das Landschaftsbild nachhaltig negativ verändert. Daraus resultiert eine erhebliche Beeinträchtigung der Erholungsfunktion (direkt) und der Wohnqualität (indirekt).

Weitere Negativposten sind:

- Unkalkulierbare Auswirkungen der Baumaßnahmen (Einschnitte, Tunnel auf die Wasserführung
- Zusätzliche Lärmimmissionen in verschiedenen Wohngebieten
- ungeklärte "Entsorgung" der hohen Überschußmassen, die beim Tunnelbau anfallen.
- Enorme Kosten.

Die Variante 4.1 wird ebenfalls abgelehnt.

- Alle gegen 3.2 sprechenden Fakten treffen - mit geringfügigen Verschiebungen - ebenfalls für die Variante 4.1 zu. Wenn auch weniger "wertvolle" Biotope zerstört bzw geschädigt werden, so ist doch die Schwere des Eingriffes allein schon durch die größere (indirekte) Flächeninanspruchnahme dem der Variante 3.2 mindestens gleichzusetzen.
- Die negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild sind u. E. gravierender, allerdings nicht aus der Perspektive des Ortsteiles Freudenberg. (Ist das vielleicht der Grund, daß die Politiker mehrheitlich zur Variante 4.1 tendieren?)
- Auch die Erholungsfunktion des Freiraumes würde durch diese Trassenführung in hohem Maße beschnitten.

Übrigens, beide Varianten - 3.2 und 4.1 - werden von der LÖLF abgelehnt: "Eine offene Trassenführung quer durch die Hanglagen und Waldgebiete, wie dies die Varianten 3.2 und 4.1 auf Teilstrecken vorsehen, ist angesichts der sehr hohen Bedeutung dieses Gebietes für Naturschutz und landschaftsbezogene Erholung völlig abzulehnen."

Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde  
des Kreises Siegen-Wittgenstein

Kreis Siegen-Wittgenstein · Postfach 10 02 60 · 5900 Siegen

Vorsitzender: Sartor

Datum 28.12.1991

- Gegenüber Variante 2.2 bestehen erhebliche Bedenken.
- Sie ist sicher diejenige Trasse mit den geringsten Eingriffen in Naturhaushalt und Landschaftsbild, doch auch die sind noch recht erheblich, vor allem im Bereich der Hänge und Bachtälchen im südlichen Abschnitt.
  - Zudem muß mit negativen Auswirkungen auf die Wohnbebauung an den Endpunkten der Trasse gerechnet werden.
  - Ungeklärt ist auch die "Entsorgung" der 116.000 m<sup>3</sup> Überschußmassen.
  - Variante 2.2 entlastet zwar nur die Bahnhofstraße, allerdings ist die Olper Straße ja schon verkehrsgerecht ausgebaut und damit sicher in der Lage, den Verkehr zu verkraften. Ebenso die für viele Millionen und großen Opfern an Natur und Landschaft errichtete Feimbachstraße.

Unsere Empfehlung

Die Varianten 3.2 und 4.1 dürfen nicht realisiert werden. Variante 2.2 ist ebenfalls nicht zu empfehlen, vor allem, wenn man die enorm hohen Kosten - z. Zt. 33.000.000 DM! - in Relation zu dem Entlastungseffekt setzt.

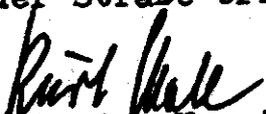
Hingewiesen sei noch auf die Überprüfung der Möglichkeit, durch "großräumige Verkehrslenkung von Kirchen aus über die B 62 - HTS an die A 45" eine "Entlastung des Verkehrsraumes Freudenberg zu erreichen" (LNU - Stellungnahme).

Zu fordern ist außerdem eine aktualisierte Untersuchung der Verkehrsströme, nachdem die Bauarbeiten an der Bahnhofstraße nunmehr abgeschlossen sind.

Zum Schluß noch eine Anmerkung grundsätzlicher Art: Um echte Verkehrsentslastungen zu erreichen, genügt die Ausweitung des Straßennetzes nicht mehr. Erfolge werden - wenn überhaupt - nur kurzlebig sein.

Wirkliche Abhilfe der zunehmend bedrängenderen (Mensch, Natur und Landschaft) Verkehrsmisere kann nur durch Beschränkungen des Individualverkehrs und des Güterverkehrs auf der Straße bringen.

  
(Vorsitzender)

  
(stellvertretender Vorsitzender)

Als Anlage noch einen "richtungweisenden" Kommentar aus der Westfälischen Rundschau vom 1.5.1986

67.005 11/84

I. Problem: Zu dieser Straße hat ein Linienbestimmungsverfahren stattgefunden, in dem - nach Erstellung einer UVS - die LÖLF und der Landschaftsbeirat Stellung genommen haben und auch die drei anerkannten Verbände gehört worden sind. Außerdem wendet sich der Verein zur Erhaltung des Kuhlenberg (Mitglied der LNU) gegen das Projekt.

Die Stellungnahme des BUND geht dahin: falls die Variante 3.2 in Form einer vollständigen Tunnellösung nicht realisiert werden kann - von der Nichtrealisierung ist auszugehen -, "würde der BUND für die Lösung 4.1 plädieren." Diese Lösung wird von dem o.g. Verein, von der LÖLF und vom Landschaftsbeirat abgelehnt (LÖLF: "völlig abzulehnen"). Der Bund für Naturschutz und Vogelkunde hat sich ähnlich wie der BUND geäußert und "empfiehlt, ... die Planungsvariante 4.1 zu realisieren." Die Stellungnahmen von BUND und DBV sind ersichtlich von dem Bestreben getragen, die noch schrecklicheren Varianten 2.2 und 3.2 zu verhindern.

II. Zur Problematik von Ortsumfahrungen gibt es BUNDargumente von 1989. Dort werden Ortsumfahrungen nicht von vornherein ausgeschlossen, jedoch an zahlreiche und strenge Bedingungen geknüpft. Diese Grundsätze sollten auch im vorliegenden Fall angewandt werden. Danach ist u.a. erforderlich, daß

1. die absolute Verkehrsbelastung in der Ortsdurchfahrt eine Größenordnung erreicht, bei der eine verträgliche Integration der verschiedenen Anforderungen von Verkehr und Städtebau nicht mehr möglich ist,
2. sämtliche Entlastungsmaßnahmen im innerörtlichen Bereich ausgeschöpft sind, insbesondere auch die Einführung von Tempo 30 und die Verengung der Fahrbahn,
3. die Verlagerung von Durchgangsverkehr auf die Schiene ernsthaft, aber vergeblich versucht worden ist,
4. gewährleistet ist, daß die Umgehungsstraße nicht ein Stück einer zukünftigen weiteren Straße ist, insbesondere nicht auf hohe Kfz-Geschwindigkeiten ausgelegt wird.

Außerdem muß die "weiträumige Umfahrung von dem Ort Kirchen über die B 62 und die Hüttentalstraße zur A 45 durch Verkehrslenkung" für den Fern-Durchgangsverkehr in das Maßnahmenpaket zur Problemlösung aufgenommen werden.

Ob dies alles im zu entscheidenden Fall geschehen ist, ergibt sich aus den Unterlagen nicht und kann auch nicht angenommen werden. Deshalb kann die von BUND, Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein, am 6.8.90 in seiner Stellungnahme genannte "Kompromißlösung: Planvariante 4.1" nicht zur Geltung kommen.

Zur Frage 1 des Vorstandes (VSt-Sitzg. v. 9.3.92, TOP.4):

Es ist richtig, daß es nicht Aufgabe des BUND ist, in Stellungnahmen nach § 29 BNatSchG für den Bau von Straßen zu plädieren. Solches hat u.E. die KrGr Siegen-W. nicht gewollt. Sie hat allerdings ihre Vorbehalte gegen den Straßenbau nicht eindeutig genug ausgesprochen, so daß von interessierten Kreisen leicht die Straßenbaubefürwortung aus dem Text herausgezogen werden kann. Es wäre eine Formulierung in der Stellungnahme vorzustehen gewesen, welche auch die Straßenführung 4.1 kategorisch ablehnt. So sind -leider- die Behörden und Politiker entlastet, eine Lösung des Konflikts zwischen dem ins Maßlose gesteigerten motorisierten Straßenverkehr kontra Schutz von Natur, Umwelt und betroffenen Menschen bewirken zu müssen. Das Problem wird wieder einmal verdrängt und durch eine Scheinlösung "zugedeckt".

## Schulden steigen bis 1996 auf 2000 Milliarden DM

# Bundesbank warnt vor Drehen an Steuerschraube - striktes Sparen

WR-Nachrichtendienst  
Würzburg. Der Bundesbank-Chefvolkswirt Otmar Issing hat Bund, Länder und Gemeinden gestern dringend vor einer weiteren Erhöhung der steuerlichen Gesamtbelastung gewarnt. Issing sagte, daß die Belastung der Bevölkerung durch Steuern und Sozialabgaben inzwischen den höchsten Wert seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht hat. Jedes weitere Drehen an der Abgabenschraube würde die Wachstumskräfte schwächen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen, meinte Issing.

Zu einer Beschränkung der Staatsausgaben gebe es daher keine Alternative, sagte der  
~~...~~ zusätzliche Ausgaben seien in Westdeutschland nicht mehr möglich, außer es werde an anderer Stelle eingespart. Die Notwendigkeit, kürzer zu treten, sei den Verantwortlichen der öffentlichen Haushalte, den Bürgern und den verschiedenen Interessengruppierungen noch nicht genügend bewußt.

Selbst bescheidene Kürzungswünsche träfen auf Widerstand, montierte Issing.

Dabei seien die Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte nicht zu unterschätzen. So werden sich Issing zufolge die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden bis 1996 mit 2000 Milliarden Mark gegenüber 1980 mehr als verdoppeln und gut 51 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen. Um eine weitere Überforderung der Wirtschaftskraft Deutschlands zu vermeiden, müsse die Gesellschaft auf absehbare Zeit von steigenden Ansprüchen Abstand nehmen. „Jedes Zögern erhöht die gesamtwirtschaftlichen Kosten eines unvermeidbaren Wandels“, warnte Issing. Erst wenn sich die Tarifparteien auf dem Pfad der Möglichkeiten bewegen, würden sich auch die Bedingungen für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik verbessern. Die Bundesbank hat niedrigere Tarifabschlüsse und größere Sparanstrengungen als Bedingungen für niedrigere Leitzinsen genannt.

# Verein zur Erhaltung des Kuhlenberg Freudenberg e.V.

Verein zum Schutze der Natur - Mitglied der LNU

Irmelind Schmiedl, Am Herlinger Wald 16, 5905 Freudenberg  
Telefon tagsüber: 02734 - 3086 / privat: 02734 - 7857

Freudenberg, 17.01.1993

An die Damen und Herren

im Verkehrsausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen

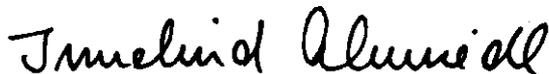
Betr.: Ortsumgehung Freudenberg (L 512 n)

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Nachtrag zu unserem Schreiben vom 13.01.1993 geben wir Ihnen noch einen Artikel der Siegener Zeitung vom 15.01.1993 zur Kenntnis. Wir beziehen uns hier auf unser Schreiben Seite 3, Absatz 2 folgende, und möchten Sie noch einmal an Ihre ganz persönliche Verantwortung erinnern.

Wir warnen davor, daß eine grundsätzliche Entscheidung später zu Planungen und Baumaßnahmen führt, die niemals in Ihrem Sinne sein können.

Mit freundlichen Grüßen



Irmelind Schmiedl  
- Geschäftsführerin -

## SPD will Variante 4.1 akzeptieren

Fraktionschef Ernst Hees: Keine neue Diskussion aufkommen lassen

Freudenberg. Die Tatsache, daß der Bau der Freudenberger Ortsumgehung wieder in greifbare Nähe gerückt ist, der Verkehrsausschuß des Düsseldorfer Landtags wird in seiner Sitzung am 21. Januar aller Voraussicht nach grünes Licht für die Realisierung der Entlastungsstraße geben, hat bei allen vier im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen ein positives Echo hervorgerufen.

Mehrheitsvotum noch gültig

Auf Anfrage der SZ teilten die Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP und UWG übereinstimmend mit, daß für sie immer noch das Mehrheitsvotum des Rates für die ortsferne Variante 4.1 Gültigkeit habe. Indem die CDU von der von ihr ursprünglich ins Auge gefaßte sogenannte Vollumgehung abgerückt sei und sich für die Variante 4.1 ausgesprochen habe, habe man der SPD Entgegenkommen signalisiert und erwarte

man auch von den Sozialdemokraten ein Einlenken. „Ein Aufeinanderzugeben ist jetzt gefragt“, erklärte CDU-Chef Lothar Uebach.

Auch der UWG-Fraktionsvorsitzende Heinz Söhler bekräftigte, an dem Mehrheitsbeschluß des Rates für die Variante 4.1 festhalten zu wollen. Zum einen müsse das Versprechen eingelöst werden, den Kreis Altenkirchen an die A 45 anzuschließen, zum anderen müßten die Freudenberger Bürger spürbar vom Verkehr, der sich täglich durch die Stadt wälze, entlastet werden. Söhler: „Wir sind grundsätzlich für die Ortsumgehung, aber unter der ortsfernen Variante läuft für uns nichts.“

Vollumgehung wäre Ideallösung

Für Rudolf Kalteich (FDP) wäre zwar die ursprünglich ins Auge gefaßte Vollumgehung nicht zuletzt auch wegen der geringeren Kosten die Ideallösung gewesen, doch ist auch für ihn die Variante 4.1 als Kompromiß akzeptabel. „Die Ortsumgehung muß kommen, sonst wird das Verkehrschaos in Freudenberg noch größer.“

Zünglein an der Waage, was die Position vor Ort anlangt, ist also die SPD. Und deren Fraktionschef Ernst Hees erklärte, daß die Entscheidung für die Variante 4.1 demokratisch gefallen sei und deshalb von den Sozialdemokraten akzeptiert werde. Hees stellte aber klar, daß die gesamte Freudenberger SPD die ortsnah Variante 3.2 nach wie vor für die einzig richtige Lösung halte. „Wir werden aber keine neue Diskussion aufkommen lassen. Letztlich muß der Minister entscheiden“, machte Hees deutlich. Und dem Minister, so viel ist sicher, dürfte es allemal lieber sein; wenn er nicht gegen den lautstarken Protest seiner Parteifreunde vor Ort entscheiden muß.

Verteiler:

Herrn Dr. h.c. Johannes Rau,  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Haroldstr. 2, 4000 Düsseldorf 1

Herrn Franz-Josef Kniola,  
Minister für Stadtentwicklung und Verkehr,  
Breite Str. 31, 4000 Düsseldorf 1

Herrn Klaus Matthiesen,  
Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft  
Schwannstr. 3, 4000 Düsseldorf 30

An die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von  
SPD: Herrn Prof. Dr. Friedhelm Farthmann,  
CDU: Herrn Dr. Helmut Linssen,  
FDP: Herrn Dr. Achim Rohde,  
GRÜNE: Frau Dr. Bärbel Höhn,  
Platz des Landtags, 4000 Düsseldorf 1

Herrn Loke Mernizka, MdL/SPD, Bergstr. 17, 5900 Siegen

Der Regierungspräsident Arnberg,  
Frau Dr. Ing. Raghilt Berve,  
Seibertzstr. 1, 5760 Arnberg 2

Herrn Rudolf Scharping,  
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz,  
Staatskanzlei, 6500 Mainz 1

Landesbüro der Naturschutzverbände, Aegidiusstr. 94, 4300 Essen 1